



HDIM.NGO/132/06
4 October 2006

Einschätzungen und Verbesserungsvorschläge bezüglich der Lage der Türkischen Minderheit in Deutschland

1) Vorwort

Unser Bestreben als türkischstämmige Deutsche ist es, unter Beibehaltung unserer Kultur und Traditionen sowie unter Achtung der allgemeinen Gesetze in Frieden und Wohlstand in unserer Heimat Deutschland zu leben.

Leider erschwert die momentane rechtliche und gesellschaftspolitische Lage in Deutschland unseres Erachtens systematisch die Integration von Angehörigen der türkischen Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft.

Wir möchten diesbezüglich exemplarisch auf einige unserer Probleme Hinweisen:

2) Das Bildungssystem

Das deutsche Bildungssystem ist sozial undurchlässig, höchst selektiv und produziert damit im Endeffekt auch rassistische Ergebnisse.

Nach Aussagen des Sonderberichterstatters der UN-Menschenrechtskommission, Vernor Muñoz, wird Kindern nichtdeutscher Ethnien der Zugang zu Bildung systematisch erschwert. Er kritisierte zu Recht die viel zu frühe Zuteilung auf unterschiedliche Schulsysteme schon nach der 4. Klasse und forderte darüber hinaus unter anderem die Einrichtung kostenloser vorschulischer Bildung sowie die Aufgabe des deutschen Vertragsvorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention.

Seine Einschätzungen werden von den einschlägigen Statistiken bestätigt:

Während etwa 36 % der Jugendlichen in Deutschland die Sekundarstufe besuchen, ist dieser Wert bei Nachkommen von Einwanderern nicht einmal halb so hoch (17 %).

Immer noch werden normal begabte Schüler auf Grund von sprachlichen Defiziten auf Sonderschulen geschickt, was unter anderem zu einem erhöhten Anteil türkischstämmiger Sonderschüler führt.

Eine etwa um drei Viertel niedrigere Studierquote bei türkischstämmigen Jugendlichen (20 % zu 6 %) korrespondiert mit einer gut doppelt so hohen Akademikerarbeitslosigkeit (ca. 10 % zu 5,5 %).

Es haben sich bereits sogenannte Ghetto-Schulen gebildet, an denen kaum noch deutschstämmige Schüler unterrichtet werden. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat errechnet, dass unter Hauptschulabsolventen 40 % deutschstämmiger Jugendlicher einen Ausbildungsplatz finden, aber nur 29 % der ethnisch Nichtdeutschen. Die generelle Ausbildungsquote unter den Nachfahren der Einwanderer ist seit 1994 sogar von 44 % auf 25 % gesunken.

Laut der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ ist Deutschland damit das einzige Einwanderungsland, in dem sich das Bildungsniveau der von den Einwanderern abstammenden Staatsbürger zurück entwickelt.

Statt also das gesellschaftliche und interkulturelle Potential seiner Minderheiten voll auszuschöpfen, verschleudert der deutsche Staat dieses großzügig und entlässt unsere Jugendlichen in die Perspektivlosigkeit.

Zudem werden oft noch die Kinder mit Migrationshintergrund selbst für das völlige Versagen des deutschen Bildungssystems bei den PISA-Studien verantwortlich gemacht.

Dies widerspricht eklatant den im 6. Abschnitt („Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten“) der Schlussakte von Helsinki 1975 verbrieften und in den paras. 63, 68 und 14 des Abschließenden Dokuments von Wien 1989 niedergelegten Verpflichtungen Deutschlands zur Gewährleistung diskriminierungsfreien Zugangs zur Bildung.

3) Assimilierungsversuche und Diskriminierung

Unsere Minderheit ist in Deutschland diversen Assimilierungsversuchen und verschiedenen Formen der Diskriminierung ausgesetzt.

Die BRD hat zwar das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates ratifiziert, welches ja aus einem entsprechenden OSZE-Dokument hervorgegangen ist, verweigert den Schutz dieser Konvention aber durch einen entsprechenden Vertragsvorbehalt nicht nur uns als der größten Minderheitengruppe des Landes, sondern zum Beispiel auch der ältesten Minderheit auf deutschem Boden, den Juden.

Letzteres ist sogar ein klarer Verstoß gegen die selbstgewählte Minderheiten-Definition der Bundesrepublik und zeigt, dass Deutschland Minderheitenrechte nur selektiv und nur willkürlich ausgewählten Minderheiten gewährt. Den auch vom Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten der OSZE auf Grundlage der vergleichenden Studie der Brüsseler

„Migration Policy Group“ als „new minorities“ bezeichneten, aus rezenter Migrationsbewegungen hervorgegangenen, nationalen Minderheiten wird dieser Status vorenthalten.

Wir türkischstämmigen Deutschen werden in Deutschland geboren, durchlaufen das deutsche Bildungssystem und haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Wir bereichern die deutsche Gesellschaft durch unsere Muttersprache, unsere Kultur sowie unsere Religion und sehen uns daher als nationale Minderheit im oben beschriebenen Sinne.

Leider werden Maßnahmen zum Schutz unserer Kultur – soweit vorhanden – konsequent eingeschränkt.

So wird etwa der muttersprachliche Unterricht an öffentlichen Schulen schrittweise abgeschafft, unsere Religion - der Islam - darf im Gegensatz zu anderen an staatlichen Schulen nicht gelehrt werden und das Tragen von Symbolen unserer Religion wird – im Gegensatz zu Symbolen anderer Religionen – Staatsbeamten, etwa Lehrern, verboten. An einigen Schulen wurde es den Schülern sogar verboten, sich auf dem Schulhof untereinander in Fremdsprachen zu unterhalten, was faktisch einem Türkisch-Verbot gleichkam.

Im öffentlichen Raum, beispielsweise in den deutschen Medien, kommt unsere Muttersprache fast überhaupt nicht vor. Stattdessen wird in den Medien zunehmend Islamophobie – was in Deutschland aufgrund der Bevölkerungsstruktur gleichbedeutend ist mit Turcophobie – verbreitet, ohne das staatliche Stellen dies wirksam bekämpfen.

Zudem gab es vor der Bundestagswahl 2005 eine massive Kampagne des Staates, die sich angeblich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft richtete aber ausschließlich türkischstämmige Deutsche betraf und in deren Zuge etwa 40.000 Angehörige unserer Minderheit ausgebürgert wurden. Außerdem wurde das Einbürgerungsverfahren für Türken durch sogenannte „Moslem-Tests“ wesentlich erschwert.

Jahrzehntelang hat uns die Politik in Deutschland vorgegaukelt, die Einbürgerung sei das Siegel eines jeden erfolgreichen Integrationsprozesses. Leider mussten wir die Erfahrung machen, dass sie uns nicht vor rassistischer Diskriminierung in der Privatwirtschaft schützt.

Wie das European Network Against Racism (ENAR) in seinem „Shadow Report Racism in Germany 2005“ festgestellt hat, manifestieren sich Rassismus und Diskriminierung in Deutschland nicht nur in restriktiven Gesetzen, die beispielsweise den Zugang der Einwohner zum Arbeitsmarkt regeln, sondern auch und vor allem im eingeschränkten Zugang von Minderheiten zu Gütern und Dienstleistungen in der Privatwirtschaft. So werden Minderheitenangehörige oder – was auf Grund des hohen Ghettoisierungsgrades eine ähnliche

Wirkung erzielt – Einwohner bestimmter Gegenden systematisch von Banken, Hausverwaltungen oder auch privaten Vereinen benachteiligt.

Die Bundesrepublik hat die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien des Rates der EG unter mehrmaliger Überschreitung der Umsetzungsfrist sechs Jahre lang verschleppt. Es bleibt abzuwarten, ob das kürzlich erlassene „Allgemeine Gleichstellungsgesetz“, uns wirklich einen effektiven Schutz gegen Diskriminierung bietet.

All dies sind Verstöße gegen die Verpflichtungen Deutschland aus den paras. 18, 19 und 43 des Abschließenden Dokuments von Wien 1989, den paras. 32, 33 und 40 des Dokuments über die Konferenz zur Menschlichen Dimension von Kopenhagen 1990 sowie des para. 6 der Pariser Charta für ein neues Europa von 1990 zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung.

4) Rassistisch motivierte Übergriffe gegen ethnische und sonstige Minderheiten

Zusätzlich verzeichnen wir in Deutschland einen Besorgnis erregenden Anstieg fremden- und minderheitenfeindlicher Straf- und Gewalttaten.

Nach Daten des Bundesverfassungsschutzes ist die Zahl von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den Jahren 2001-2005 um 50 % angestiegen.

Die Aufklärungsquote bei diesen Straftaten ist weiterhin gering.

Die Anzahl gewaltbereiter Neonazis im Bundesgebiet übersteigt 10.000 und ist damit etwa 33 Mal so hoch wie die der gewaltbereiten Islamisten, die sich auf 300 beläuft.

Rassistische Angriffe auf Moscheen, Synagogen, Friedhöfe oder Vereinsheime geschehen beinahe täglich (s. auch Fotos am Ende des Dokuments).

Es gibt vor allem im Osten meiner Heimat Gegenden, die von Menschen, die wie ich zu den sogenannten „sichtbaren Minderheiten“ gehören, nur unter höchster Lebensgefahr betreten werden können. Die Staatsgewalt hat hier teilweise schon kriminellen Strukturen das Feld überlassen.

Neonazis sind in zwei Landesparlamenten vertreten, was auf eine gewisse Verankerung ihrer Ideologie in der Bevölkerung schließen lässt, und verbreiten dort ungestört ihre Nazi-Propaganda auf Staatskosten.

Rassistische Bombenanschläge und Gewalttaten gegen Minderheitenangehörige bleiben oft unaufgeklärt. Zur Illustration sollen folgende Beispiele dienen (s. auch Fotos am Ende des Dokuments):

a) Ein brutaler Nagelbombenanschlag in einer fast ausschließlich von Türken und türkischstämmigen Deutschen frequentierten Einkaufsstraße in Köln forderte letztes Jahr 22

zum Teil schwer verletzte Opfer. Obwohl der Täter von einer Video-Kamera aufgezeichnet wurde, hat die Polizei seit über einem Jahr angeblich nicht die geringste Spur von ihm.

Zum Vergleich: Bei den kürzlich glücklicherweise fehlgeschlagenen islamistisch motivierten Kofferbombenattentaten, die keinen Schaden verursachen konnten, wurden die Täter auf Grund von Video-Aufnahmen binnen zwei Tagen identifiziert und im Libanon aufgespürt.

b) Ein Serienkiller hat bundesweit über einen Zeitraum von sechs Jahren acht türkische Kleingewerbetreibende und einen Griechen erschossen. Auch hier ist die deutsche Polizei nicht in der Lage, den Täter zu identifizieren, der sich entsprechend noch auf freiem Fuß befindet.

c) Nachdem eine Lokalzeitung einen türkischen Kulturverein als verfassungsfeindlich bezeichnet hat, wurde ein Brandbombenanschlag auf das Vereinsheim verübt, der zu erheblichem Sachschaden führte. Von den Tätern fehlt - wie so oft - jede Spur.

Das letztere Beispiel ist besonders interessant, weil es den teilweise verantwortungslosen Umgang der deutschen Medien mit der Thematik illustriert. Obwohl der Zusammenhang zwischen Bericht und Anschlag offensichtlich ist, gibt es keinerlei effektive Handhabe gegen derartige „Berichterstattung“.

Trotzdem werden die Programme zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus aus Geldmangel gestrichen oder stark eingeschränkt. Erst vor Kurzem hat die Bundesregierung wieder ein 19-Millionen-Euro-Projekt für diesen Zweck gestrichen.

Der deutsche Staat ist also entweder nicht in der Lage, oder – was unseres Erachtens noch schlimmer wäre – er unternimmt nicht die erforderlichen Anstrengungen, Angehörige der sogenannten „sichtbaren Minderheiten“, darunter auch die türkische Minderheit, vor rechtsradikalen Angriffen zu schützen.

Hierbei handelt es sich um offensichtliche Brüche der Verpflichtungen Deutschlands zur effektiven Gewährleistung der Menschenrechte aus den paras. 1.1, 5.9, 40.1 und 40.2 der Pariser Charta für ein neues Europa von 1990, para. 4 des Dokuments über die Konferenz zur Menschlichen Dimension von Kopenhagen 1990, para. 13.7 des Abschließenden Dokuments von Wien 1989 sowie para. 33 des Abschließenden Dokuments der Sitzung des KSZE-Rates in Helsinki 1992.

5) Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die grundsätzliche Gewaltfreiheit und große Geduld der türkischen Muslime bisher verhindert hat, dass es in Deutschland zu Rassenunruhen oder ähnlichen Zusammenstößen gekommen ist.

Wir haben aber die große Sorge, dass, sollte die systematische Einschränkung von Bildungs- und Aufstiegschancen nicht korrigiert und damit die Perspektivlosigkeit unserer Jugendlichen perpetuiert, die Versagung des staatlichen Schutzes für unsere Kultur fortgesetzt und die angeblich unaufklärbaren rassistischen Angriffe gegen unsere Minderheit nicht ernsthaft bekämpft werden, dies für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland langfristig große Risiken birgt.

Zur Klarstellung möchten wir betonen, dass es nicht unsere Absicht ist, die staatlichen Stellen der BRD wegen ihres Verhaltens anzugreifen, sondern vielmehr mit dem Ziel einer verbesserten Integration Wege zu suchen, die faktische Benachteiligung von Minderheiten-Angehörigen, darunter auch der türkischen Minderheit, zu überwinden und unsere gemeinsame Zukunft in unserer gemeinsamen Heimat Deutschland gemeinsam zu gestalten.

Im Einzelnen empfehlen wir folgende Schritte, die wir für absolut notwendig halten:

- 1.) Die unverzügliche Umsetzung aller Empfehlungen des Sonderberichterstatters Muñoz zum Bildungssystem, vor allem bezüglich der Einführung kostenloser Vorschulbildung sowie der Aufgabe des antiquierten dreigliedrigen Schulsystems.
Zudem fordern wir die Herstellung eines Zustands effektiver Chancengleichheit und die sofortige Einführung einer nicht zu unterschreitenden Quote für Minderheitenangehörige an den deutschen Hochschulen („Affirmative Action“), bis dieser Zustand erreicht ist.
- 2.) Die Aufgabe jeglicher Assimilierungsversuche und die tatsächliche und effektive Umsetzung der Antidiskriminierungsgesetzgebung.
Mit der Überwachung der Effektivität des AGG sollte eine unabhängige Institution beauftragt werden, die die Wirksamkeit der Regelungen durch empirische Studien überprüft sowie regelmäßig Defizite und Handlungsbedarf aufzeigt.
- 3.) Umfangreiche Investitionen in Programme zur wirksamen Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und der Islamophobie, die über bloße Symbolik hinausgehen und in die staatlichen Sicherheitsapparate sowie die

Ausschöpfung aller rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Verfolgung rechtsradikaler Straftäter.

6) Anhang





Almanya'da
Türk
kuruluşlarına
karşı sinsi
ve karanlık
oyun



AVRUPA'DAKİ
www.turkiye-avrupa.net
Türkiye
GÜNLÜK SİYASİ GAZETE

7 NİSAN 2006 CUMA

Hainler yine gece saldırı

Mülheim Türk Kültür Derneği, önceki gece 3 molotofkokteyli ile yakılmak istendi. Saldırının, Kölner Stadt Anzeiger'in cemiyeti hedef gösteren haberinden sonra yapılması dikkat çekici



Köln Başkonsolosu Asım Temizgil, demek yetkililerinden bilgi aldı olay yerinin fotoğraflarını da çekti.

Kimlikleri belirsiz

■ KÖLN- Almanya'da okullarda gelişmelerin ardından, Köln'de yayınlanan Stadt Anzeiger Gazetesi'nde yer alan "Bozkurtlar okullarda tehlike saçıyor" haberiyle hedef gösterilen Mülheim Türk Kültür Derneği'ne önceki gece saldırıda bulunuldu. Kimliği belirsiz 3 kişi, saat 03.15 sularında derneğe molotofkokteyli attılar. Kimse bulunmadığı bir saatte derneğin lokalinin camını kırarak 3 molotofkokteyli atan kimliği belirsiz kişiler, olay yerinden kaçtılar. Bu arada saldırıyı, bir Alman görgü şahidinin gördüğü belirlendi.

'Hedef gösterildik'

■ Dernek Başkanı Ahmet Gültekin, saldırılarının koşarak lokale yaklaşıklarını ve içeri 3 adet molotofkokteyli attıklarını kaydederek, "Görgü şahidi, hemen itfaiye ve polise haber vermiş. Biz geldikimizde yangın söndürülmüştü" dedi. Derneğin 1976'da Türk öğrenci ve işçiler tarafından kurulduğunu belirten Gültekin, "Derneğimiz Türk-Alman ilişkilerine katkıda bulunan bir kuruluş. Böyle bir dernekten kim, ne ister? Olayı kınıyoruz" diye konuştu. Gültekin, Kölner Stadt Anzeiger'in cemiyetlerini hedef gösterdiğini savundu.

Başarılan olmazlar

■ Öte yandan olayın ardından derneği Konsolos Ece Öztürk Çil ile birlikte ziyaret eden Köln Başkonsolosu Asım Temizgil, Almanya'nın çeşitli şehirlerinde Türk kuruluşlarına karşı saldırılar başlatıldığını söyledi. "Karanlık güçlerin nifak sömme istediğini belirten Temizgil, "Şiddetle iş görülenler, bir gün hüsrana uğrayacaklardır. Cani ruhluların insanları biran önce yakalanması için girişimlere başladık. Sükunetimizi korumalıyız. İşin takipçisi olacağız" dedi. Saldırganların toplumda yeri olmadığını belirten Temizgil, "Bizim buradaki varlığımıza kimse dokunamaz" şeklinde konuştu.

-Cemil Albay



Sabah saatlerinde molotofkokteyli saldırı sonrası dernekleri büyük hasar gören Türk vatandaşları hayli şaşkıncı.

'PKK'ya destek Anayasa ihlalidir'

■ BERLİN- Berlin Anayasası Koruma Dairesi'nin 2005 yılı suç raporu açıklandı. Berlin Eyaleti İçişleri Bakanı Ehrhart Körting ile Daire Başkanı Claudia Schmid'in ortak basın toplantısıyla açıkladıkları raporda, terör örgütü PKK'ya 9 sayfa yer ayırdı. 2005'de yeniden yapılanmaya gittiği yereldi.

■ Silahlı eylemlerine devam ettiği belirtilen raporda, Öcalan'ın serbest bırakılması için yandaşlar tarafından Almanya'da da gösteriler yapıldığı hatırlatıldı. Körting, örgütün Almanya'da yasadışı olduğunu dikkat çekerek, "PKK'ya destek verenler, Anayasa'ya aykırı davranıyorlar" dedi.

Döner büfesini yakmak istediler

■ BERLİN- Bir grup saldırgan, Berlin'deki "Türkiyem" adlı döner büfesinin içine molotof attı. Çıkan yangın kısa sürede söndürüldü. Büfe sahibi Hasan Kaya, olay sırasında dükkanda bulunmadığını, müşterilerin kendisine olayın nasıl meydana geldiğini anlattıklarını söyledi. Kaya, birinci yanıcı maddenin dükkanın önüne atıldığını, ikincisinin de 10 müşterinin bulunduğu sırada içeriye atıldığını, daha sonra müşterilerden birinin, saldırganın dışarda 3. yanıcı maddesi yakarken müdahale ettiğini anlattı. Kaya, saldırganların yüzlerini gizlediğini ve kaçmayı başardığını kaydetti.



**DITIB Moschee,
HÜRTH
28.03.2006**



DİTİB Moschee,
DÜREN
24.04.2006



Verkehrsamt,
HÜRTH
28.03.2006